

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/205409]

27. AUGUSTUS 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 1 Nummern 2 und 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 § 2 Absatz 1 und Artikel 2 § 5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 27. Mai 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. Mai 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.611/4 des Staatsrates, das am 6. Juli 2020 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Aufgrund der gleichlautenden Stellungnahme des föderalen Ministerrates vom 10. Juli 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 63/2020 der Datenschutzbehörde vom 10. Juli 2020;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 18. Mai 2020;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 2 Absatz 3 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende wird zwischen die Wortfolgen "organisierten oder bezuschussten Einrichtung" und "absolviert werden" die Wortfolge ", die die Organisation von Aus- und Weiterbildungen zu ihren Hauptgeschäftsfeldern zählt," eingefügt.

Art. 2 - In Artikel 3 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "Artikel 4 § 1 Absatz 1" durch die Wortfolge "Artikel 4" ersetzt.

Art. 3. Artikel 4 § 1 und 2 desselben Erlasses der Regierung werden wie folgt ersetzt:

" § 1 - Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose können zu einer gemäß Artikel 3 anerkannten oder vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden.

Das Arbeitsamt empfiehlt dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. dem entschädigten Vollarbeitslosen die Teilnahme an einer vom Arbeitsamt organisierten oder anerkannten Berufsausbildung und kann ihn zur Teilnahme verpflichten.

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. entschädigte Vollarbeitslose reicht entweder aus Eigeninitiative einen vollständig ausgefüllten, datierten und unterzeichneten Antrag auf Zulassung zu einer Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein oder füllt diesen Antrag gemeinsam mit einem Berater des Arbeitsamtes aus. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. falls er den Antrag aus Eigeninitiative einreicht, ein Bewerbungsschreiben, aus dem hervorgeht, dass die Berufsausbildung in seinen Eingliederungsweg passt und arbeitsmarktrelevant ist;

2. ein ausführliches Programm der Berufsausbildung;

3. genaue Angaben zum Beginn und Ende der Berufsausbildung sowie zu den Ausbildungstagen, Ausbildungsstunden und dem Ausbildungsort.

§ 2 - Arbeitnehmer, Selbstständige, Arbeitgeber und statutarische Personalmitglieder können zu einer vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden.

Die jeweils in Absatz 1 erwähnte Person reicht einen Antrag auf Zulassung zu einer vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Arbeitgebers;

2. Bezeichnung und Beschreibung der Ausbildung;

3. Beschreibung des Programminhaltes, des Ausbildungsortes und der Ausbildungszeiten;

4. Name und Wohnsitz des Antragstellers."

Art. 4 - Artikel 5 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "Artikel 4" durch die Wortfolge "Artikel 4 § 1" ersetzt;

2. in Absatz 2 werden folgende Nummern 6 und 7 eingefügt:

"6. Praktikumsverträge, die im Rahmen eines betrieblichen Praktikums im Sinne von Artikel 33 abgeschlossen werden;

7. Verträge, die im Rahmen eines europäischen Programms im Sinne von Artikel 34 abgeschlossen werden."

Art. 5 - Im einleitenden Satz von Artikel 6 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "Artikel 4" durch die Wortfolge "Artikel 4 § 1" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 7 § 3 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 kann das Arbeitsamt den Antragssteller aufgrund seiner Fähigkeit, seiner beruflichen Vergangenheit und seiner persönlichen Situation auch zu einer bereits begonnenen Berufsausbildung zulassen."

Art. 7 - Artikel 8 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "Beginn der Berufsausbildung" und "abgeschlossen wird" die Wortfolge "oder, in Anwendung von Artikel 7 § 3 Absatz 2, nach Beginn der Berufsausbildung" eingefügt;
2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "Artikel 4" durch die Wortfolge "Artikel 4 § 2" ersetzt.

Art. 8 - In Artikel 10 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Für die Anwendung von Absatz 2 Nummer 4 gilt das Semester bzw. das Studienjahr eines Hochschul- oder Universitätsstudiums als bestanden, wenn der Arbeitssuchende mindestens 14 ECTS bzw. 27 ECTS erfolgreich bestanden hat."

Art. 9 - In Artikel 11 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "unbeschäftigte Arbeitssuchende und der entschädigte Vollarbeitslose" durch die Wortfolge "unbeschäftigte Arbeitssuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose" ersetzt.

Art. 10 - Artikel 12 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Wenn der Kursteilnehmer wegen Krankheit, eines Unfalls oder höherer Gewalt nicht an der Ausbildung teilnehmen kann, wird der Vertrag ausgesetzt. Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt der Kursteilnehmer seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest."

Art. 11 - Artikel 15 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Eine vollzeitige Berufsausbildung umfasst 35 Ausbildungsstunden pro Woche oder 60 ECTS pro Studienjahr bzw. 30 ECTS pro Semester. Eine Ausbildungsstunde umfasst mindestens 45 Minuten."

2. Paragraf 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Wenn die wöchentliche Berufsausbildungsdauer weniger als 35 Stunden pro Woche oder das Studienjahr weniger als 60 ECTS bzw. das Semester weniger als 30 ECTS umfasst, wird die in Paragraf 1 vorgesehene Prämie im Verhältnis zur Ausbildungszeit gezahlt."

3. Paragraf 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Für unbeschäftigte Arbeitssuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die einer Vorschalt- und/oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 folgen, wird die monatliche Prämie im Verhältnis zur tatsächlichen Anwesenheit gezahlt."

Die monatliche Prämie entspricht dem Resultat der Multiplikation der entsprechenden Prämie mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werkzeuge des Monats entsprechend dem anzuwendenden Berufsausbildungsregimes darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Berufsausbildungstage darstellt.

Der in Absatz 1 erwähnte Arbeitssuchende reicht monatlich eine Anwesenheitsliste, die vom Ausbildungsträger ausgestellt wird, beim Arbeitsamt ein.

Bleibt der unbeschäftigte Arbeitssuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose der Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme mehr als 20 % seiner monatlichen Ausbildungszeit unentschuldigt fern, erhält er für diesen Monat keine Prämie."

Art. 12 - Artikel 18 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. und während der Berufsausbildung nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung oder ein Berufseinkommen erhalten;"

2. folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Absatz 1 Nummer 1 ist nicht anwendbar auf Arbeitssuchende, die an einem Outplacement im Sinne von Artikel 1 Nummer 10 des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen oder an einer Outplacementbegleitung im Sinne von Artikel 11/2 des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades teilnehmen."

Art. 13 - Artikel 19 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"2. und während der Berufsausbildung nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung oder ein Berufseinkommen erhalten;"

Art. 14 - In Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "von einer anderen öffentlichen Einrichtung" gestrichen.

Art. 15 - In Kapitel 3 Abschnitt 2 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 20.1 eingefügt:

"Art. 20.1 - *Zeitweilige Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlichen Gründen und aufgrund höherer Gewalt*

Unbeschadet des Artikels 6 gewährt das Arbeitsamt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für Arbeitnehmer, die während einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlichen Gründen, wie sie in den Artikeln 51 und 77/1 bis 77/7 des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge vorgesehen ist, oder während einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit aufgrund höherer Gewalt, wie sie in Artikel 26 desselben Gesetzes vorgesehen ist, an einer vom Arbeitsamt organisierten oder anerkannten Berufsausbildung teilnehmen."

Art. 16 - Artikel 21 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. vor Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt:

"Das Arbeitsamt schließt für die unbeschäftigten Arbeitssuchenden und die entschädigten Vollarbeitslosen, mit denen es den in Artikel 5 erwähnten Berufsausbildungsvertrag abschließt, einen Versicherungsvertrag gemäß dem Gesetz vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle ab."

2. in Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "Absätzen 1 und 2" durch die Wortfolge "Absätzen 1-3" ersetzt und folgende Nummern 6 und 7 eingefügt:

"6. Praktika im Sinne von Artikel 33;

7. Maßnahmen im Rahmen eines europäischen Programms im Sinne von Artikel 34."

3. in Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird die Wortfolge "Absätze 1-3" durch die Wortfolge "Absätze 1-4" ersetzt.

Art. 17 - Artikel 23 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 23 - Allgemeine Freistellungsbedingungen"

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 6 Nummer 2 und der in Abschnitt 2 festgelegten besonderen Zulassungsbedingungen wird die Freistellung für die Dauer der Berufsausbildung gewährt, wenn:

1. die Berufsausbildung:
 - a) mindestens 4 Wochen und mindestens 20 Stunden pro Woche, oder;
 - b) mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester beträgt;
2. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;
3. der entschädigte Vollarbeitslose sich verpflichtet, während der Freistellung beim Arbeitsamt eingetragen zu sein.

Das Arbeitsamt gewährt in Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) auch dann eine Freistellung, wenn die dort erwähnten Schwellen nicht erreicht werden, aber der entschädigte Vollarbeitslose an einer Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 oder an einer Ausbildung der Dienststelle gemäß Artikel 30 teilnimmt.

Das Arbeitsamt kann in Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 eine Freistellung gewähren, wenn es sich bei dem Berufsausbildungsjahr, in dem die dort festgelegten Stunden- oder ECTS-Schwellen nicht erreicht werden, um das Abschlussjahr der Berufsausbildung handelt.

§ 2 - Der entschädigte Vollarbeitslose kann unter Beibehaltung seiner Arbeitslosenentschädigung die Erlaubnis des Arbeitsamtes erhalten, ohne Freistellung an einer Berufsausbildung teilzunehmen. Der entschädigte Vollarbeitslose entspricht weiterhin der in Artikel 56 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnten Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt."

Art. 18 - In Artikel 26 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "von einer anderen regionalen Behörde" durch die Wortfolge "vom Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats oder vom LfA" ersetzt.

Art. 19 - Artikel 27 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Als Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Absatz 1 gilt jede Ausbildungsmaßnahme, die nicht zum Erhalt eines Diploms führt. Bei dieser Maßnahme kann es sich weder um eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme, ein Vollzeitstudium, eine duale Ausbildung, eine Ausbildungsbeihilfe der Dienststelle, eine Aktivitätengenossenschaft, eine Ausbildung durch Arbeit noch um ein Praktikum im Sinne von Artikel 33 noch um Maßnahmen im Rahmen von europäischen Programmen im Sinne von Artikel 34 handeln."

Art. 20 - Artikel 28 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 28 - Vollzeitstudium"

§ 1 - Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Vollzeitstudium in einer anerkannten Bildungseinrichtung handelt.

Als Vollzeitstudium gelten:

1. Sekundarunterricht der Oberstufe im Regelschulwesen, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt;
2. von einer Gemeinschaft oder in einem anderen Staat organisierter, anerkannter oder subventionierter Hochschulunterricht, sofern er mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester umfasst;
3. Kurse im Rahmen der schulischen Weiterbildung im Sinne von Kapitel 1 Abschnitt 4 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997 oder gleichwertige Kurse eines anderen Teilstaates, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt.

§ 2 - Wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Vollzeitstudium handelt, das höchstens auf den Erhalt eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarschulwesens vorbereitet bzw. zu einem gleichwertigen Abschlusszeugnis führt, wird die Freistellung gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose als regulärer Schüler eingetragen ist. Die Freistellung wird nicht gewährt, wenn er als freier Schüler eingetragen ist;
2. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule am Tag, an dem das Vollzeitstudium beginnt, seit mindestens einem Jahr beendet hat.

§ 3 - Wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Vollzeitstudium handelt, das zu einem Hochschul- oder Universitätsdiplom oder gleichwertigen Diplom führt, wird die Freistellung gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose als regulärer Schüler eingetragen ist. Die Freistellung wird nicht gewährt, wenn er als freier Schüler eingetragen ist;
2. das Vollzeitstudium das gleiche oder ein höheres Niveau als das bereits absolvierte Studium hat;
3. der entschädigte Vollarbeitslose nicht im Besitz eines Abschlusszeugnisses des Hochschulwesens ist;
4. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule und/oder im Rahmen einer Lehre am Tag, an dem das Vollzeitstudium beginnt, seit mindestens zwei Jahren beendet hat;
5. die entschädigte Arbeitslosigkeit mindestens einen der folgenden Zeiträume beträgt:
 - a) einen Tag innerhalb der letzten 3 Monate, wenn das Vollzeitstudium auf einen Mangelberuf vorbereitet;
 - b) drei Monate, d.h. mindestens 78 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn der entschädigte Vollarbeitslose höchstens 25 Jahre alt ist;
 - c) zwölf Monate, d.h. mindestens 312 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor dem Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn das Studium nicht auf einen Mangelberuf vorbereitet.

Das Arbeitsamt gewährt eine Abweichung von den in Absatz 1 Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingungen, wenn das bereits erhaltene Diplom keine ausreichenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet.

Das Arbeitsamt gewährt in Abweichung von Absatz 1 Nummern 4 und 5 auch dann eine Freistellung, wenn die dort aufgeführten Bedingungen nicht erfüllt sind, aber der entschädigte Vollarbeitslose bereits während seines mit dem Arbeitsamt vereinbarten Eingliederungsweges ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens erhalten hat und unmittelbar danach eine Freistellung für ein Vollzeitstudium an einer Hochschule oder Universität beantragt.

Der Minister erstellt auf Vorschlag des Arbeitsamtes jährlich eine Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel im Sinne von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben *a*) und *c*) identifiziert werden kann."

Art. 21 - In Artikel 29 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Das Arbeitsamt gewährt in Abweichung von Absatz 2 Nummer 1 eine Freistellung, wenn die dort aufgeführte Bedingung nicht erfüllt ist, aber der entschädigte Vollarbeitslose bereits während seines mit dem Arbeitsamt vereinbarten Eingliederungsweges ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens erhalten hat und unmittelbar danach eine Freistellung für eine duale Ausbildung beantragt."

Art. 22 - Die Überschrift von Kapitel 4 Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung wird aufgehoben und die Artikel 33 und 34 werden dem Abschnitt 2 zugeordnet.

Art. 23 - Artikel 33 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 33 - Betriebliches Praktikum"

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Praktikum handelt.

Als Praktikum im Sinne von Absatz 1 gilt jede zeitlich begrenzte Tätigkeit, während der der Arbeitgeber dem Praktikanten auf dem Arbeitsplatz berufsrelevante Kenntnisse in praktischer Anwendung vermittelt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen erfüllt sind;
2. die Praktikumsdauer 3 Monate pro Kalenderjahr nicht überschreitet;
3. ein Praktikumsvertrag abgeschlossen wurde;
4. ein Ausbildungsprogramm besteht;
5. das Praktikum von einem Praktikumsbegleiter begleitet wird;
6. die monatliche Ausbildungsentschädigung 1.350 Euro nicht überschreitet;
7. der Arbeitgeber den Praktikanten gegen Unfälle während des Praktikums und auf dem Weg vom und zum Praktikumsort versichert.

Der Minister kann den in Absatz 3 Nummer 6 erwähnten Betrag abändern."

Art. 24 - Artikel 34 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 34 - Europäische Programme"

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine Ausbildungsinitiative im Rahmen des europäischen Solidaritätskorps oder des Erasmus+-Programms handelt."

Art. 25 - In Artikel 38 desselben Erlasses der Regierung wird zwischen die Absätze 1 und 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

"Der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte steuerbare Lohn entspricht mindestens der zweitniedrigsten Lohnstufe, so wie sie für die gemäß Artikel 37 Nummer 4 zu besetzende Stelle in einem kollektiven Arbeitsabkommen der paritätischen Kommission, in der der Praktikant gemäß Artikel 40 im Anschluss an die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen eingestellt wird, festgelegt ist. In Ermangelung eines durch eine Paritätische Kommission festgelegten Mindestlohns, wird der steuerbare Lohn ausgehend von einem Betrag berechnet, der dem durchschnittlichen garantierten monatlichen Mindesteinkommen erhöht um 15 Prozent entspricht."

Art. 26 - Artikel 41 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Der Arbeitgeber schließt für die unbeschäftigten Arbeitssuchenden und die entschädigten Vollarbeitslosen einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab, und zwar gemäß dem Gesetz vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle oder dem Gesetz vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor sowie ihrer Ausführungserlasse, je nachdem welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist."

Art. 27 - Artikel 45 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Der Arbeitgeber schließt für die Praktikanten einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab, und zwar gemäß dem Gesetz vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle oder dem Gesetz vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor sowie ihrer Ausführungserlasse, je nachdem welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist."

Art. 28 - In Artikel 49 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "unbeschäftigte Arbeitssuchende und der entschädigte Vollarbeitslose" durch die Wortfolge "unbeschäftigte Arbeitssuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose" ersetzt.

Art. 29 - In denselben Erlass der Regierung wird folgendes Kapitel 6.1, das die Artikel 50.1 bis 50.5 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL 6.1 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ"

Art. 50.1 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist das Arbeitsamt dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 50.2 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 50.3 ist das Arbeitsamt für die Verarbeitung der in Artikel 50.4 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung verantwortlich. Das Arbeitsamt gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.

§ 2 - Das Arbeitsamt verarbeitet personenbezogene Daten von unbeschäftigten Arbeitssuchenden, entschädigten Vollarbeitslosen, Arbeitnehmern, Selbstständigen, Arbeitgebern und statutarischen Personalmitgliedern im Hinblick auf die Zulassung zu einer Berufsausbildung.

Das Arbeitsamt verarbeitet personenbezogene Daten von unbeschäftigten Arbeitssuchenden und entschädigten Vollarbeitslosen im Hinblick auf:

1. den Abschluss eines Berufsausbildungsvertrags;
2. die Gewährung einer Prämie, Fahrtkostenentschädigung und Versicherung;
3. die Zulassung zu einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen;
4. den Abschluss eines Vertrags über die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen;
5. die Überprüfung der Einhaltung der Zulassungsbedingungen zur Berufsausbildung und zur individuellen Berufsausbildung;
6. die Überprüfung der Einhaltung der Gewährungsbedingungen der Prämie, Fahrtkostenentschädigung und Versicherung sowie der Bedingungen des Berufsausbildungsvertrags.

Das Arbeitsamt verarbeitet personenbezogene Daten von entschädigten Vollarbeitslosen im Hinblick auf deren Freistellung von der in Artikel 56 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnten Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt.

Das Arbeitsamt verarbeitet personenbezogene Daten von unbeschäftigten Arbeitssuchenden im Hinblick auf deren Zulassung zu einem Einstiegspraktikum.

Das Arbeitsamt verarbeitet personenbezogene Daten von Arbeitgebern und Ausbildungsträgern im Hinblick auf:

1. die Anerkennung der Berufsausbildung;
2. die Überprüfung der Einhaltung der Anerkennungsbedingungen der Berufsausbildung;
3. den Abschluss eines Vertrags über die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen;
4. den Abschluss eines Vertrags über das Einstiegspraktikum.

Das Arbeitsamt darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung seiner gesetzlichen, dekretalen oder die durch vorliegenden Erlass festgelegten Aufträge verwenden.

§ 3 - Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 50.3 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt, die gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches an das Berufsgeheimnis gebunden ist.

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Arbeitsamt und die an der Ausführung des vorliegenden Erlasses beteiligten Personen dazu verpflichtet, die Daten zur Gesundheit, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln. Sie sind darüber hinaus zur Geheimhaltung verpflichtet.

Art. 50.4 - Verarbeitete Daten

Die Regierung kann alle gemäß Artikel 50.1 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten:

1. in Bezug auf Arbeitnehmer, Selbstständige, Arbeitgeber und statutarische Personalmitglieder:
 - a) Vor- und Nachname;
 - b) Geburtsdatum und Geschlecht;
 - c) Nationalregisternummer;
 - d) Adresse;
 - e) Angabe darüber, welchem Arbeitsverhältnis sie unterliegen;
2. in Bezug auf den unbeschäftigten Arbeitssuchenden und den entschädigten Vollarbeitslosen:
 - a) die in Nummer 1 Buchstaben a) bis d) erwähnten Daten;
 - b) Angabe darüber, dass es sich um einen unbeschäftigten Arbeitssuchenden oder einen entschädigten Vollarbeitslosen handelt;
 - c) Angaben über bereits absolvierte oder laufende Ausbildungen, Praktika, Vorschalt-, Integrations- und Qualifizierungsmaßnahme sowie Angaben zur Berufserfahrung;
 - d) aktuelle berufliche Situation;
 - e) Angaben zur beruflichen Eignung;
 - f) Angaben zur körperlichen und geistigen Gesundheit;
 - g) Identifizierung der Berufsausbildung;
 - h) Angaben zur Teilnahme an der Berufsausbildung;
 - i) Ergebnis der Berufsausbildung;
 - j) Angaben zu einer strafrechtlichen Verurteilung aufgrund der Artikel 232-235 des Sozialstrafgesetzbuches, insoweit sie mit der Zulassung zur Berufsausbildung in Verbindung stehen;
 - k) Angabe über die Freistellung durch einen Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats oder durch das LfA;
 - l) Kontonummer;
3. in Bezug auf den Arbeitgeber bzw. Ausbildungsträger:
 - a) Name und Vorname bzw. Bezeichnung und Unternehmensnummer;
 - b) Rechtsform;
 - c) Wohnsitz oder Sitz;

- d) Ort der Berufsausbildung;
- e) Name und Vorname der Kontaktperson;
- f) Name und Vorname sowie die Funktion des zuständigen Betreuers bzw. Ausbilders;
- g) Angaben zum kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber bzw. der Ausbildungsträger unterliegt.

Art. 50.5 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen höchstens während 10 Jahren nach Erhalt des Antrags in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet."

Art. 30 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 57.1 eingefügt:

"Art. 57.1 - Übergangsbestimmung

Alle Prämien, einschließlich solcher, die vor dem 1. September 2020 genehmigt wurden, unterliegen ab diesem Datum der Anwendung des Artikels 15 in seiner Fassung vom 1. September 2020."

Art. 31 - Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2020 in Kraft.

Art. 32 - Der für Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 27. August 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/205409]

27 AOÛT 2020. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1^{er}, 2^o et 6^o, modifiés par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 2, alinéa 1^{er}, et l'article 2, § 5, modifié par le décret du 25 juin 2007;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 27 mai 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 mai 2020;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 67.611/4, donné le 6 juillet 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis conforme du conseil fédéral des ministres, donné le 10 juillet 2020;

Vu l'avis n° 63/2020 de l'Autorité de protection des données, donné le 10 juillet 2020;

Considérant l'avis rendu le 18 mai 2020 par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 2, alinéa 3, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, la première phrase est complétée par les mots « qui compte l'organisation de formations et de formations continues parmi ses activités principales ».

Art. 2 - Dans l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, les mots « à l'article 4, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, » sont remplacés par les mots « à l'article 4 ».

Art. 3. Dans l'article 4 du même arrêté du Gouvernement, les § 1^{er} et 2 sont remplacés par ce qui suit :

« § 1^{er} - Les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés peuvent être admis à l'une des formations professionnelles organisées ou agréées par l'Office de l'emploi conformément à l'article 3.

L'Office de l'emploi peut recommander au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé de participer à une formation professionnelle organisée ou agréée par lui, voire l'y obliger.

Le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé introduit, de sa propre initiative, auprès de l'Office de l'emploi, une demande complète, datée et signée en vue de son admission à une formation professionnelle ou se fait aider par un conseiller dudit Office pour la compléter. Cette demande contient les informations suivantes :

1^o s'il introduit la demande de sa propre initiative, une lettre de motivation dont il ressort que la formation professionnelle s'inscrit dans son parcours d'insertion professionnelle et qu'elle est pertinente pour le marché de l'emploi;

2^o un programme détaillé de la formation professionnelle;

3^o des données précises concernant le début et la fin de la formation professionnelle ainsi que les jours, les heures et le lieu de formation.

§ 2 - Les travailleurs, les indépendants, les employeurs et les membres du personnel statutaire peuvent être admis à l'une des formations professionnelles organisées par l'Office de l'emploi.

Toute personne mentionnée dans l'alinéa 1^{er} introduit auprès de l'Office de l'emploi une demande d'admission à une formation professionnelle organisée par ledit Office. Cette demande contient les informations suivantes :

- 1° nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'employeur;
- 2° dénomination et description de la formation;
- 3° description du contenu du programme, du lieu et des périodes de formation;
- 4° nom et domicile du demandeur. »

Art. 4. À l'article 5 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « l'article 4 » sont remplacés par les mots « l'article 4, § 1^{er}, »;
- 2° l'alinéa 2 est complété par les 6° et 7° rédigés comme suit :
« 6° des contrats de stage conclus dans le cadre d'un stage en immersion professionnelle au sens de l'article 33;
7° des contrats conclus dans le cadre d'un programme européen au sens de l'article 34. »

Art. 5. Dans la phrase introductive de l'article 6 du même arrêté du Gouvernement, les mots « l'article 4 » sont remplacés par les mots « l'article 4, § 1^{er}, ».

Art. 6. Dans l'article 7 du même arrêté du Gouvernement, le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, l'Office de l'emploi peut aussi admettre le demandeur à une formation professionnelle déjà entamée, et ce, en raison de sa capacité, son passé professionnel et sa situation personnelle. »

Art. 7. À l'article 8 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « ou après en application de l'article 7, § 3, alinéa 2 »;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « l'article 4 » sont remplacés par les mots « l'article 4, § 2, ».

Art. 8. L'article 10 du même arrêté du Gouvernement est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Aux fins d'application de l'alinéa 2, 4°, le semestre ou, selon le cas, l'année d'études d'un cycle d'études suivi auprès d'une haute école ou d'une université sont considérés comme étant réussis si le demandeur d'emploi a validé au moins respectivement 14 crédits ECTS ou 27 crédits ECTS. »

Art. 9. [Concerne le texte allemand.]

Art. 10. Dans l'article 12 du même arrêté du Gouvernement, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« L'impossibilité pour le participant de suivre la formation pour cause de maladie, d'accident ou de force majeure suspend l'exécution du contrat. En cas de maladie ou d'accident, le participant justifie son incapacité en présentant un certificat médical. »

Art. 11. À l'article 15 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Une formation professionnelle suivie à temps plein correspond à 35 heures de formation par semaine ou respectivement 60 crédits ECTS par année d'études et 30 crédits ECTS par semestre. Une heure de formation compte au moins 45 minutes. »;

- 2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Si la durée hebdomadaire de formation professionnelle compte moins de 35 heures par semaine ou l'année d'études, moins de 60 ECTS, ou le semestre, moins de 30 ECTS, la prime prévue dans le § 1^{er} est liquidée au prorata de la durée de formation. »

- 3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - La prime mensuelle est versée aux demandeurs d'emploi inoccupés et aux chômeurs complet indemnisés qui participent à l'une des mesures préparatoires et/ou d'intégration au sens de l'article 20, et ce, au prorata de la présence effective.

La prime mensuelle correspond au résultat obtenu en multipliant la prime concordante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois, déterminé en fonction du régime de formation applicable, et le numérateur, le nombre de jours de formation professionnelle effectifs ou assimilés.

Le demandeur d'emploi mentionné à l'alinéa 1^{er} introduit, une fois par mois auprès de l'Office de l'emploi, une liste de présences établie par l'opérateur de formation.

Si le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est absent, sans justification, pendant plus de 20 % du temps de formation mensuel de la mesure préparatoire ou d'intégration, il ne reçoit pas de prime pour le mois concerné. »

Art. 12. À l'article 18 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° et ne perçoivent pas déjà une indemnité pour formation ou des revenus professionnels pendant la durée de ladite formation; »

- 2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1°, ne s'applique pas aux demandeurs d'emploi qui prennent part à un *outplacement* au sens de l'article 1^{er}, 10°, de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations ou à une procédure de reclassement professionnel au sens de l'article 11/2 de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs. »

Art. 13. Dans l'article 19 du même arrêté du Gouvernement, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° et ne perçoivent pas déjà une indemnité pour formation ou des revenus professionnels pendant la durée de ladite formation; ».

Art. 14. Dans l'article 20, alinéa 1^{er}, 2°, du même arrêté du Gouvernement, les mots « octroyée par une autre autorité publique, » sont abrogés.

Art. 15. Dans le chapitre 3, section 2, du même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 20.1 rédigé comme suit :

« Art. 20.1 - *Chômage temporaire pour raisons économiques et en cas de force majeure*

Sans préjudice de l'article 6, l'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux travailleurs qui, pendant une période de chômage temporaire pour raison économique, prévu aux articles 51 et 77/1 à 77/7 de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail, ou pendant une période de chômage temporaire pour force majeure prévu à l'article 26 de la même loi, participent à une formation professionnelle organisée ou agréée par lui. »

Art. 16. À l'article 21 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1^o un alinéa rédigé comme suit est inséré avant l'alinéa 1^{er} :

« Conformément à la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail, l'Office de l'emploi conclut un contrat d'assurance pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés avec lesquels il a conclu le contrat de formation professionnelle mentionné à l'article 5. »;

2^o dans l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « aux alinéas 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « aux alinéas 1^{er} à 3 » et l'alinéa est complété par les 6^o et 7^o rédigés comme suit :

« 6^o stages au sens de l'article 33;

7^o mesures dans le cadre d'un programme européen au sens de l'article 34. »;

3^o dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 5, les mots « aux alinéas 1^{er} à 3 » sont remplacés par les mots « aux alinéas 1^{er} à 4 ».

Art. 17. L'article 23 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 23 - *Conditions générales de la dispense*

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 6, 2^o, et des conditions d'admission particulières fixées dans la section 2, la dispense est octroyée pour la durée de la formation professionnelle si :

1^o la formation professionnelle :

a) dure au moins quatre semaines, chacune comptabilisant au moins 20 heures;

b) compte au moins 27 crédits ECTS par année d'études ou 14 crédits ECTS par semestre;

2^o la formation professionnelle a lieu principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;

3^o le chômeur complet indemnisé s'engage, pendant la dispense, à être inscrit auprès de l'Office de l'emploi.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1^o, a), l'Office de l'emploi octroie une dispense même si les seuils y mentionnés ne sont pas atteints, mais que le chômeur complet indemnisé participe à une mesure préparatoire ou d'intégration au sens de l'article 20 ou à une formation de l'Office pour une vie autodéterminée conformément à l'article 30.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1^o, l'Office de l'emploi peut octroyer une dispense si l'année de formation professionnelle au cours de laquelle les seuils d'heures ou de crédits ECTS y fixés ne sont pas atteints s'avère être la dernière.

§ 2 - Le chômeur complet indemnisé peut, avec maintien de son allocation de chômage, obtenir de l'Office de l'emploi l'autorisation de participer à une formation professionnelle sans dispense. Le chômeur complet indemnisé continue à respecter l'obligation de disponibilité pour le marché de l'emploi mentionnée à l'article 56 de l'arrêté du 25 novembre 1991. »

Art. 18. Dans l'article 26 du même arrêté du Gouvernement, les mots « par une autre autorité régionale » sont remplacés par les mots « par le service de l'emploi d'une autre entité fédérée ou par l'ONEM ».

Art. 19. Dans l'article 27 du même arrêté du Gouvernement, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Par "mesure de qualification" au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre toute mesure de formation qui ne mène pas à l'obtention d'un diplôme. Sont exclus les mesures préparatoires ou d'intégration, les études de plein exercice, les formations en alternance, les aides à la formation octroyées par l'Office pour une vie autodéterminée, les coopératives d'activités, les formations par le travail ainsi que les stages au sens de l'article 33 ou encore les mesures dans le cadre d'un programme européen au sens de l'article 34. »

Art. 20. L'article 28 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 28 - *Études de plein exercice*

§ 1^{er} - Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en des études de plein exercice organisées par un institut de formation agréé.

Par études de plein exercice, il faut entendre :

1^o l'enseignement secondaire supérieur ordinaire, pour autant que la période de formation professionnelle dure au moins quatre semaines, chacune comptabilisant en moyenne vingt heures;

2^o l'enseignement supérieur organisé, agréé ou subventionné par une communauté ou dans un autre État, pour autant qu'il comporte au moins 27 crédits ECTS par année d'études ou 14 crédits ECTS par semestre;

3^o les cours dispensés dans le cadre de la formation scolaire continuée au sens du chapitre 1^{er}, section 4, du décret-programme 1997 du 20 mai 1997 ou des cours similaires dispensés dans une autre entité fédérée, pour autant que la durée de formation professionnelle s'étende sur au moins quatre semaines, chacune comptabilisant en moyenne vingt heures.

§ 2 - Si la formation professionnelle consiste en des études de plein exercice qui mènent au plus à l'obtention d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur ou, selon le cas, d'un diplôme équivalent, la dispense est octroyée si :

1^o le chômeur complet indemnisé est inscrit comme élève régulier. La dispense n'est pas octroyée s'il est inscrit comme élève libre;

2^o le chômeur complet indemnisé a, au jour où débutent les études de plein exercice, terminé sa dernière formation scolaire depuis au moins un an.

§ 3 - Si la formation professionnelle consiste en des études de plein exercice qui mènent à l'obtention d'un diplôme de l'enseignement supérieur ou universitaire ou à un diplôme équivalent, la dispense est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé est inscrit comme élève régulier. La dispense n'est pas octroyée s'il est inscrit comme élève libre;

2° les études de plein exercice sont d'un niveau équivalent ou supérieur aux études déjà réussies;

3° le chômeur complet indemnisé n'est pas titulaire d'un diplôme de l'enseignement supérieur;

4° le chômeur complet indemnisé a, au jour où débute les études de plein exercice, terminé sa dernière formation scolaire et/ou dans le cadre d'un apprentissage depuis au moins deux ans;

5° la période de chômage indemnisé correspond au moins à l'une des durées suivantes :

a) un jour au cours des trois derniers mois si les études de plein exercice préparent à une profession en pénurie;

b) trois mois, c'est-à-dire au moins septante-huit allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense, s'il est âgé de 25 ans au plus;

c) douze mois, c'est-à-dire au moins trois-cent-douze allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense si les études ne préparent pas à une profession en pénurie.

L'Office de l'emploi accorde une dérogation aux conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2° et 3°, si le diplôme déjà obtenu n'offre aucune opportunité suffisante sur le marché de l'emploi.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4° et 5°, l'Office de l'emploi octroie une dispense même si les conditions y mentionnées ne sont pas remplies, mais que le chômeur complet indemnisé a déjà, pendant son parcours d'insertion professionnelle conclu avec l'Office, obtenu un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur et demande, juste après, une dispense pour pouvoir suivre des études de plein exercice auprès d'une haute école ou université.

Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le ministre établit chaque année une liste des métiers pour lesquels une pénurie de main-d'œuvre au sens de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et c), peut être identifiée. »

Art. 21. L'article 29 du même arrêté du Gouvernement est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, 1°, l'Office de l'emploi octroie une dispense même si la condition y mentionnée n'est pas remplie, mais que le chômeur complet indemnisé a déjà, pendant son parcours d'insertion professionnelle conclu avec l'Office, obtenu un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur et demande, juste après, une dispense pour pouvoir suivre une formation en alternance. »

Art. 22. L'intitulé de la section 3 du chapitre 4 du même arrêté du Gouvernement est abrogé et les articles 33 et 34 sont repris dans la section 2.

Art. 23. L'article 33 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 33 - *Stage en immersion professionnelle*

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en un stage.

Par "stage" au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre toute activité limitée dans le temps au cours de laquelle l'employeur transmet au stagiaire, sur le lieu de travail, des connaissances professionnelles pertinentes, dans une approche pratique.

La dispense est octroyée si :

1° les conditions fixées à l'article 7 sont remplies;

2° la durée du stage n'excède pas trois mois par année calendrier;

3° un contrat de stage a été conclu;

4° un programme de formation existe;

5° le stage est encadré par un accompagnateur de stage;

6° l'indemnité mensuelle pour formation n'excède pas 1 350 euros;

7° l'employeur assure les stagiaires contre les accidents survenant pendant le stage et sur le chemin du stage.

Le ministre peut modifier le montant mentionné à l'alinéa 3, 6°. »

Art. 24. L'article 34 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 34 - *Programmes européens*

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en une initiative de formation dans le cadre du Corps européen de solidarité ou du programme Erasmus+.

Art. 25. Dans l'article 38 du même arrêté du Gouvernement, il est inséré, entre le premier et le deuxième alinéa, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Le salaire imposable mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, correspond au moins à l'avant-dernière tranche de salaire la plus basse telle qu'elle est fixée, pour l'emploi à pourvoir conformément à l'article 37, 4°, dans une convention collective de travail de la commission paritaire lorsque le stagiaire est engagé immédiatement après la formation professionnelle individuelle en entreprise conformément à l'article 40. À défaut de salaire minimal fixé par une commission paritaire, le salaire imposable est calculé sur la base d'un montant qui correspond au revenu mensuel moyen garanti, majoré de quinze pour cent. »

Art. 26. Dans l'article 41 du même arrêté du Gouvernement, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, l'employeur conclut un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation, et ce, conformément à la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail ou à la loi du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public ainsi qu'à leurs arrêtés d'exécution, suivant la loi qui lui est applicable. »

Art. 27. Dans l'article 45 du même arrêté du Gouvernement, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour les stagiaires, l'employeur conclut un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation, et ce, conformément à la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail ou à la loi du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public ainsi qu'à leurs arrêtés d'exécution, suivant la loi qui lui est applicable. »

Art. 28. [Concerne le texte allemand.]

Art. 29. Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un chapitre 6.1, comportant les articles 50.1 à 50.5, rédigé comme suit :

« *Chapitre 6.1 - Confidentialité et protection des données*

Art. 50.1 - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'Office de l'emploi est tenu de traiter confidentiellement les données qui lui sont confiées dans le cadre de l'exercice de sa mission.

Art. 50.2 - Traitement des données à caractère personnel

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 50.3, l'Office de l'emploi est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 50.4 au sens du règlement général sur la protection des données. L'Office de l'emploi est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7^o, du règlement général sur la protection des données.

§ 2 - L'Office de l'emploi traite les données à caractère personnel des demandeurs d'emploi inoccupés, des chômeurs complets indemnisés, des travailleurs, des indépendants, des employeurs et des membres du personnel statutaire en vue de leur admission à une formation professionnelle.

L'Office de l'emploi traite les données à caractère personnel des demandeurs d'emploi inoccupés et des chômeurs complets indemnisés en vue de :

1^o la conclusion d'un contrat de formation professionnelle;

2^o l'octroi d'une prime, d'une indemnité de déplacement et d'une assurance;

3^o l'admission à une formation professionnelle individuelle en entreprise;

4^o la conclusion d'un contrat de formation professionnelle individuelle en entreprise;

5^o la vérification du respect des conditions d'admission aux formations professionnelles et aux formations professionnelles individuelles en entreprise;

6^o la vérification du respect des conditions d'octroi de la prime, de l'indemnité de déplacement et de l'assurance ainsi que des conditions du contrat de formation professionnelle.

L'Office de l'emploi traite les données à caractère personnel des chômeurs complet indemnisés en vue de la dispense de leur obligation de disponibilité pour le marché de l'emploi mentionnée à l'article 56 de l'arrêté du 25 novembre 1991.

L'Office de l'emploi traite les données à caractère personnel des demandeurs d'emploi inoccupés en vue de leur admission à un stage de transition.

L'Office de l'emploi traite les données à caractère personnel des employeurs et des opérateurs de formation en vue de :

1^o l'agrégation de la formation;

2^o la vérification du respect des conditions d'agrégation de la formation professionnelle;

3^o la conclusion d'un contrat de formation professionnelle individuelle en entreprise;

4^o la conclusion d'un contrat de stage de transition.

L'Office de l'emploi ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales, décrétales ou fixées dans le présent arrêté.

§ 3 - Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales en matière de protection des données.

Art. 50.3 - Traitement de données relatives à la santé

Le traitement des données relatives à la santé des personnes concernées s'effectue sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé qui est soumis au secret professionnel conformément à l'article 458 du Code pénal.

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'Office de l'emploi et les autres personnes parties à l'exécution du présent arrêté sont tenus de traiter confidentiellement les données relatives à la santé qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. Ils sont également tenus au secret.

Art. 50.4 - Données traitées

Conformément à l'article 50.1, le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel qui sont appropriées, utiles et proportionnées :

1^o concernant les travailleurs, les indépendants, les employeurs et les membres du personnel statutaire :

a) les nom et prénom;

b) la date de naissance et le sexe;

c) le numéro de registre national;

d) l'adresse;

e) les informations concernant le régime de travail auquel ils sont soumis;

- 2° concernant les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés;
- a) les données mentionnées au 1°, a) à d);
 - b) l'information dont il ressort qu'il est question soit d'un demandeur d'emploi inoccupé soit d'un chômeur complet indemnisé;
 - c) des informations concernant les formations, stages, mesures préparatoires, d'intégration et de qualification terminés avec fruit ou en cours ainsi que des informations sur l'expérience professionnelle;
 - d) la situation professionnelle actuelle;
 - e) des informations concernant l'aptitude professionnelle;
 - f) des informations relatives à la santé physique et psychique;
 - g) l'identification de la formation professionnelle;
 - h) des informations concernant la participation à la formation professionnelle;
 - i) les résultats de la formation professionnelle;
 - j) des informations concernant une condamnation pénale en vertu des articles 232 à 235 du Code pénal social pour autant qu'elle soit en lien avec l'admission à une formation professionnelle;
 - k) l'information relative à la dispense octroyée par un service de l'emploi d'une autre entité fédérée ou par l'ONEM;
 - l) le numéro de compte;
- 3° concernant l'employeur ou, selon le cas, l'opérateur de formation :
- a) les nom et prénom ou, selon le cas, la dénomination et le numéro d'entreprise;
 - b) la forme juridique;
 - c) le domicile ou le siège social;
 - d) le lieu de la formation professionnelle;
 - e) les nom et prénom du correspondant;
 - f) les nom et prénom ainsi que la fonction de l'accompagnateur ou, selon le cas, du formateur compétent;
 - g) des informations relatives à la convention collective à laquelle l'employeur ou, selon le cas, l'opérateur de formation est soumis.

Art. 50.5 - Durée du traitement des données

Les données peuvent être conservées sous une forme qui permet l'identification des intéressés, au maximum pendant dix ans après la réception de la demande. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 30. Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 57.1 rédigé comme suit :

« Art. 57.1 - Disposition transitoire

Toutes les primes, y compris celles qui ont été octroyées avant le 1^{er} septembre 2020, sont soumises, à partir de cette date, à l'application de l'article 15 dans sa version en vigueur au 1^{er} septembre 2020. »
Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} septembre 2020.

Art. 31. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} septembre 2020.

Art. 32. Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 27 août 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/205409]

27 AUGUSTUS 2020. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 2, § 1, 2^o en 6^o, gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, artikel 2, § 2, eerste lid, en artikel 2, § 5, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 27 mei 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 29 mei 2020;

Gelet op advies 67.611/4 van de Raad van State, gegeven op 6 juli 2020, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op het gelijkkluidend advies van de federale Ministerraad van 10 juli 2020;

Gelet op advies nr. 63/2020 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 10 juli 2020;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 18 mei 2020;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 2, derde lid, van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden wordt de eerste zin aangevuld met de woorden "en die als kernactiviteit onder meer de organisatie van opleidingen en voortgezette opleidingen heeft".

Art. 2. In artikel 3, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "artikel 4, § 1, eerste lid," vervangen door de woorden "artikel 4".

Art. 3. Artikel 4, § 1 en 2, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - Niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kunnen toegelaten worden tot een beroepsopleiding die overeenkomstig artikel 3 erkend is of door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd wordt.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling beveelt de niet-werkende werkzoekende resp. uitkeringsgerechtigde volledige werkloze aan om aan een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerde of erkende beroepsopleiding deel te nemen en kan hem verplichten deel te nemen.

De niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan ofwel op eigen initiatief een volledig ingevulde, gedateerde en ondertekende aanvraag tot toelating tot een beroepsopleiding indienen bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling, ofwel die aanvraag samen met een adviseur van de Dienst voor arbeidsbemiddeling invullen. Die aanvraag bevat de volgende gegevens:

1° als hij de aanvraag op eigen initiatief indient: een motivatiebrief waaruit blijkt dat de beroepsopleiding in zijn inschakelingstraject past en arbeidsmarktrelevant is;

2° een uitvoerig programma van de beroepsopleiding;

3° nauwkeurige vermelding van het begin en het einde van de beroepsopleiding, alsook over de opleidingsdagen, opleidingsuren en de opleidingsplaats.

§ 2 - Werknemers, zelfstandigen, werkgevers en statutaire personeelsleden kunnen toegelaten worden tot een beroepsopleiding die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd wordt.

De in het eerste lid vermelde persoon dient bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling een aanvraag in om toegelaten te worden tot een beroepsopleiding die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd wordt. Die aanvraag bevat de volgende gegevens:

1° naam, adres, rechtsvorm en contactpersoon van de werkgever;

2° benaming en beschrijving van de opleiding;

3° beschrijving van de inhoud van het programma, de opleidingsplaats en de opleidingstijden;

4° naam en woonplaats van de aanvrager."

Art. 4. In artikel 5 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "artikel 4" vervangen door de woorden "artikel 4, § 1,";

2° het tweede lid wordt aangevuld met bepalingen onder 6° en 7°, luidende:

"6° stageovereenkomsten die gesloten worden in het kader van een bedrijfsstage in de zin van artikel 33;

7° overeenkomsten die gesloten worden in het kader van een Europees programma in de zin van artikel 34."

Art. 5. In de inleidende zin van artikel 6 van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "artikel 4" vervangen door de woorden "artikel 4, § 1".

Art. 6. Artikel 7, § 3, van hetzelfde besluit van de Regering wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling de aanvrager ook tot een reeds aangevangen beroepsopleiding toelaten op grond van zijn bekwaamheid, zijn beroepsverleden en zijn persoonlijke situatie."

Art. 7. In artikel 8 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "gesloten wordt" vervangen door de woorden "of met toepassing van artikel 7, § 3, tweede lid, na het begin van de beroepsopleiding gesloten wordt";

2° in het tweede lid worden de woorden "artikel 4" vervangen door de woorden "artikel 4, § 2,".

Art. 8. Artikel 10 van hetzelfde besluit van de Regering wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Voor de toepassing van het tweede lid, 4°, wordt ervan uitgegaan dat de werkzoekende voor het semester resp. het studiejaar aan een hogeschool of een universiteit geslaagd is, als hij minstens 14 ECTS resp. 27 ECTS heeft gehaald."

Art. 9. (Geldt alleen voor het Duits).

Art. 10. Artikel 12, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Als de cursist wegens ziekte, wegens een ongeval of wegens overmacht niet aan de opleiding kan deelnemen, wordt de overeenkomst geschorst. In geval van ziekte of een ongeval dient de cursist een medisch attest in."

Art. 11. In artikel 15 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Een voltijdse beroepsopleiding omvat 35 opleidingsuren per week of 60 ECTS-punten per studiejaar, resp. 30 ECTS-punten per semester. Een opleidingsuur omvat minstens 45 minuten."

2° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Als de wekelijkse duur van de beroepsopleiding minder dan 35 uren per week omvat of als het studiejaar minder dan 60 ECTS-punten resp. het semester minder dan 30 ECTS-punten omvat, wordt de in paragraaf 1 bedoelde premie betaald in verhouding tot de opleidingstijd."

3° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - Voor niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die een voorbereidende maatregel en/of integratiemaatregel in de zin van artikel 20 volgen, wordt de maandelijkse premie in verhouding tot de werkelijke aanwezigheid betaald.

De maandelijkse premie stemt overeen met het resultaat dat bekomen wordt door de desbetreffende premie te vermenigvuldigen met een breuk waarvan de noemer gelijk is aan het aantal werkdagen van de maand naargelang van het toe te passen beroepsopleidingsstelsel en de teller gelijk is aan het aantal werkelijke of daarmee gelijkgestelde beroepsopleidingsdagen.

De in het eerste lid vermelde werkzoekende dient bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling maandelijks een aanwezigheidslijst in die wordt opgesteld door de opleidingsoperator.

Indien de niet-werkende werkzoekende of de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze meer dan 20 % van de maandelijkse opleidingstijd van de voorbereidende maatregel of integratiemaatregel ongewettigd afwezig is, ontvangt hij voor die maand geen premie."

Art. 12. In artikel 18 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

"1° en tijdens de beroepsopleiding nog geen opleidingsuitkering of beroepsinkomen ontvangen;"

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Het eerste lid, 1°, is niet van toepassing op werkzoekenden die deelnemen aan een outplacement in de zin van artikel 1, 10°, van het koninklijk besluit van 9 maart 2006 betreffende het activerend beleid bij herstructureringen of aan een outplacementbegeleiding in de zin van artikel 11/2 van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers."

Art. 13. Artikel 19, 2°, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"2° en tijdens de beroepsopleiding nog geen opleidingsuitkering of beroepsinkomen ontvangen;"

Art. 14. In artikel 20, eerste lid, 2°, van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "van een andere openbare instelling of een" vervangen door het woord "of".

Art. 15. In hoofdstuk 3, afdeling 2, van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 20.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 20.1 - Tijdelijke werkloosheid wegens economische redenen en wegens overmacht

Met behoud van de toepassing van artikel 6 kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling een premie en een reiskostenvergoeding toe aan werknemers die tijdens een tijdelijke werkloosheid wegens economische redenen zoals bepaald in de artikelen 51 en 77/1 tot 77/7 van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten of tijdens een tijdelijke werkloosheid wegens overmacht zoals bepaald in artikel 26 van dezelfde wet deelnemen aan een beroepsopleiding die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd of erkend wordt."

Art. 16. In artikel 21 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° vóór het eerste lid wordt het volgende lid ingevoegd:

"Overeenkomstig de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971 sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling een verzekeringspolis voor de niet-werkende werkzoekenden en de uitkeringsgerechtigde volledige werklozen met wie ze de in artikel 5 vermelde beroepsopleidingsovereenkomst sluit."

2° in het derde lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden "het eerste en het tweede lid" vervangen door de woorden "het eerste tot het derde lid"; voorts wordt het nieuwe vierde lid aangevuld met bepalingen onder 6° en 7°, luidende:

"6° stages in de zin van artikel 33;

7° maatregelen in het kader van een Europees programma in de zin van artikel 34."

3° in het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, worden de woorden "het eerste tot het derde lid" vervangen door de woorden "het eerste tot het vierde lid".

Art. 17. Artikel 23 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 23 - Algemene vrijstellingsvoorwaarden

§ 1 - Met behoud van de toepassing van artikel 6, 2°, en met behoud van de toepassing van de bijzondere toelatingsvoorwaarden bepaald in afdeling 2 wordt de vrijstelling toegekend voor de duur van de beroepsopleiding als:

1° de beroepsopleiding:

a) minstens vier weken en minstens twintig uur per week, of;

b) minstens 27 ECTS-punten per studiejaar of 14 ECTS-punten per semester bedraagt;

2° de beroepsopleiding hoofdzakelijk van maandag tot vrijdag en van 8 uur tot 17 uur plaatsvindt;

3° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zich ertoe verplicht tijdens de vrijstelling ingeschreven te zijn bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

In afwijking van het eerste lid, 1°, a), verleent de Dienst voor arbeidsbemiddeling ook een vrijstelling als de daar vermelde drempelwaarden niet bereikt worden, maar de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze deelneemt aan een voorbereidende maatregel of een integratiemaatregel in de zin van artikel 20 of aan een opleiding van de Dienst voor zelfbeschikkend leven overeenkomstig artikel 30.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan, in afwijking van het eerste lid, 1°, een vrijstelling toekennen, als het beroepsopleidingsjaar waarin het vastgestelde aantal uren of ECTS-punten niet bereikt wordt, het laatste jaar van de beroepsopleiding is.

§ 2 - De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan met behoud van zijn werkloosheidsuitkering toestemming krijgen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling om zonder vrijstelling aan een beroepsopleiding deel te nemen. De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze blijft voldoen aan de verplichting om beschikbaar te zijn voor de arbeidsmarkt vermeld in artikel 56 van het besluit van 25 november 1991."

Art. 18. In artikel 26 van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "van een andere gewestelijke overheid" vervangen door de woorden "van de dienst voor arbeidsbemiddeling van een andere deelstaat of de RVA".

Art. 19. Artikel 27, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Als kwalificatiemaatregel in de zin van het eerste lid geldt elke opleidingsmaatregel die niet leidt tot het verkrijgen van een diploma. Bij die maatregel kan het niet gaan om een voorbereidende maatregel of een integratiemaatregel, studies met een volledig leerplan, een duale opleiding, een opleidingssteun van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, een activiteitencoöperatie, een 'opleiding door werk', noch om een stage in de zin van artikel 33, noch om maatregelen in het kader van Europese programma's in de zin van artikel 34."

Art. 20. Artikel 28 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 28 - Studies met volledig leerplan"

§ 1 - De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding gaat om studies met volledig leerplan in een erkende onderwijsinstelling.

Als studies met volledig leerplan worden beschouwd:

1° hoger secundair onderwijs in het gewoon onderwijs, voor zover de duur van de beroepsopleiding minstens vier weken en gemiddeld twintig uur per week bedraagt;

2° hoger onderwijs dat georganiseerd, erkend of gesubsidieerd wordt door een gemeenschap of in een andere Staat, voor zover het minstens 27 ECTS-punten per studiejaar of 14 ECTS-punten per semester omvat;

3° cursussen in het kader van de voortgezette schoolopleiding in de zin van hoofdstuk 1, afdeling 4, van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997 of gelijkwaardige cursussen van een andere deelentiteit, voor zover de beroepsopleiding minstens vier weken en gemiddeld twintig uur per week duurt.

§ 2 - Als het bij de beroepsopleiding gaat om studies met volledig leerplan die hoogstens voorbereiden op het verkrijgen van een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs of, naargelang van het geval, op het verkrijgen van een gelijkwaardig eindgetuigschrift, wordt een vrijstelling toegekend, als:

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze ingeschreven is als regelmatige leerling. De vrijstelling wordt niet toegekend als hij ingeschreven is als vrije leerling;

2° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn laatste opleiding aan een school al minstens één jaar beëindigd heeft op de dag dat hij de studies met volledig leerplan begint.

§ 3 - Als het bij de beroepsopleiding gaat om studies met volledig leerplan die tot een diploma van het hoger onderwijs of een universitair diploma of een gelijkwaardig diploma leiden, wordt een vrijstelling toegekend, als:

1° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze ingeschreven is als regelmatige leerling. De vrijstelling wordt niet toegekend als hij ingeschreven is als vrije leerling;

2° de studies met volledig leerplan hetzelfde of een hoger niveau hebben als de reeds met succes afgesloten studies;

3° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze geen getuigschrift van het hoger onderwijs heeft;

4° de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze zijn laatste opleiding aan een school en/of in het kader van een leertijd al minstens twee jaar beëindigd heeft op de dag dat hij de studies met volledig leerplan begint;

5° de duur van de uitkeringsgerechtigde werkloosheid minstens overeenstemt met één van de volgende periodes:

a) één dag binnen de laatste drie maanden, als de studies met volledig leerplan voorbereiden op een knelpuntberoep;

b) drie maanden, namelijk minstens 78 uitkeringen ontvangen hebben als uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de laatste twee jaar voor het begin van de vrijstelling, als de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze hoogstens 25 jaar oud is;

c) twaalf maanden, namelijk minstens 312 uitkeringen ontvangen hebben als uitkeringsgerechtigde volledige werkloze tijdens de laatste twee jaar voor het begin van de vrijstelling, als de studies niet voorbereiden op een knelpuntberoep.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kent een afwijking toe van de voorwaarden vermeld in het eerste lid, 2° en 3°, als het reeds behaalde diploma ontoereikende kansen op de arbeidsmarkt biedt.

In afwijking van het eerste lid, 4° en 5°, kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling ook een vrijstelling toe als de daar vermelde voorwaarden niet vervuld zijn, maar de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze reeds tijdens zijn met de Dienst voor arbeidsbemiddeling afgesproken inschakelingstraject een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs heeft behaald en onmiddellijk daarna een vrijstelling voor studies met volledig leerplan aan een hogeschool of universiteit aanvraagt.

Op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling maakt de Minister jaarlijks een lijst op van de beroepen waarvoor een tekort aan vakkrachten in de zin van het eerste lid, 5°, a) en c), kan worden vastgesteld."

Art. 21. Artikel 29 van hetzelfde besluit van de Regering wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"In afwijking van het tweede lid, 1°, kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling een vrijstelling toe als de daar vermelde voorwaarde niet vervuld is, maar de uitkeringsgerechtigde volledige werkloze reeds tijdens zijn met de Dienst voor arbeidsbemiddeling afgesproken inschakelingstraject een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs heeft behaald en onmiddellijk daarna een vrijstelling voor een duale opleiding aanvraagt."

Art. 22. Het opschrift van hoofdstuk 4, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering wordt opgeheven en de artikelen 33 en 34 worden opgenomen in afdeling 2.

Art. 23. Artikel 33 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 33 — Bedrijfsstage"

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding om een stage gaat.

Onder stage in de zin van het eerste lid wordt verstaan: elke in de tijd beperkte activiteit tijdens welke de werkgever de stagiair op de werkplek beroepsrelevante kennis bijbrengt via praktische toepassing.

De vrijstelling wordt toegekend als:

- 1° de voorwaarden bepaald in artikel 7 vervuld zijn;
 - 2° de stage niet meer dan drie maanden per kalenderjaar duurt;
 - 3° een stageovereenkomst gesloten werd;
 - 4° er een opleidingsprogramma bestaat;
 - 5° de stage begeleid wordt door een stagebegeleider;
 - 6° de maandelijkse stagevergoeding niet meer dan 1.350 euro bedraagt;
 - 7° de werkgever de stagiair tegen ongevallen tijdens de stage en op weg van een naar de stageplaats verzekert.
- De Minister kan het bedrag vermeld in het derde lid, 6°, wijzigen."

Art. 24. Artikel 34 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 34 - Europese programma's

De uitkeringsgerechtigde volledige werkloze kan vrijgesteld worden, als het bij de beroepsopleiding om een opleidingsinitiatief in het kader van het Europees Solidariteitskorps of Erasmus+ gaat."

Art. 25. In artikel 38 van hetzelfde besluit van de Regering wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, het volgende tweede lid ingevoegd, luidende:

"Het belastbare loon vermeld in het eerste lid, 1°, stemt minstens overeen met het op één na laagste loonniveau dat in een collectieve arbeidsovereenkomst van het paritaire comité werd vastgelegd voor de overeenkomstig artikel 37, 4°, te bekleden betrekking waarin de stagiair overeenkomstig artikel 40 in aansluiting op de individuele beroepsopleiding in een onderneming wordt aangesteld. Als er geen minimumloon door een paritair comité werd vastgelegd, wordt het belastbare loon berekend op basis van een bedrag dat overeenstemt het gemiddelde gewaarborgd maandelijks minimuminkomen, verhoogd met 15 %."

Art. 26. Artikel 41, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"De werkgever sluit een verzekeringspolis tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg van en naar de opleidingsplaats voor de niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledige werklozen en dit overeenkomstig de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971 of de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector en de uitvoeringsbesluiten van die wetten, naargelang welke van de voormelde wetten op de werkgever van toepassing is."

Art. 27. Artikel 45, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"De werkgever sluit een verzekeringspolis tegen ongevallen tijdens de beroepsopleiding en op de weg van en naar de opleidingsplaats voor de stagiairs en dit overeenkomstig de Arbeidsongevallenwet van 10 april 1971 of de wet van 3 juli 1967 betreffende de preventie van of de schadevergoeding voor arbeidsongevallen, voor ongevallen op de weg naar en van het werk en voor beroepsziekten in de overheidssector en de uitvoeringsbesluiten van die wetten, naargelang welke van de voormelde wetten op de werkgever van toepassing is."

Art. 28. (Geldt alleen voor het Duits).

Art. 29. In hetzelfde besluit van de Regering wordt een hoofdstuk 6.1 ingevoegd, dat de artikelen 50.1 tot 50.5 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK 6.1 - VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSgegevens

Art. 50.1 - Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen is de Dienst voor arbeidsbemiddeling ertoe verplicht de gegevens die hem in de uitoefening van zijn opdracht worden toevertrouwd, vertrouwelijk te behandelen.

Art. 50.2 - Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Met behoud van de toepassing van artikel 50.3 is de Dienst voor arbeidsbemiddeling verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 50.4 in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Dienst voor arbeidsbemiddeling geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens.

§ 2 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerkt persoonsgegevens van niet-werkende werkzoekenden, uitkeringsgerechtigde volledig werklozen, werknemers, zelfstandigen, werkgevers en statutaire personeelsleden met het oog op toelating tot een beroepsopleiding.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerkt persoonsgegevens van niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledig werklozen met het oog op:

- 1° het sluiten van een beroepsopleidingsovereenkomst;
- 2° het toekennen van een premie, reiskostenvergoeding en verzekering;
- 3° het toelaten tot een individuele beroepsopleiding in een onderneming;
- 4° het sluiten van een overeenkomst over de individuele beroepsopleiding in een onderneming;
- 5° het controleren van de naleving van de voorwaarden voor toelating tot een beroepsopleiding of tot een individuele beroepsopleiding;
- 6° het controleren van de naleving van de voorwaarden voor de toekenning van de premie, reiskostenvergoeding en verzekering, alsook van de voorwaarden van de beroepsopleidingsovereenkomst.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerkt persoonsgegevens van uitkeringsgerechtigde volledig werklozen met het oog op hun vrijstelling van de verplichting om beschikbaar te zijn voor de arbeidsmarkt, vermeld in artikel 56 van het besluit van 25 november 1991.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerkt persoonsgegevens van niet-werkende werkzoekenden met het oog op hun toelating tot een instapstage.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerkt persoonsgegevens van werkgevers en opleidingsoperatoren met het oog op:

- 1° het erkennen van de beroepsopleiding;
- 2° het controleren van de naleving van de voorwaarden voor de erkenning van de beroepsopleiding;
- 3° het sluiten van een overeenkomst over de individuele beroepsopleiding in een onderneming;
- 4° het sluiten van een overeenkomst over de instapstage.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van zijn wettelijke, decretale of de bij dit besluit vastgelegde opdrachten gebruiken.

§ 3 - De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving over de bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 50.3 - Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg die overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek gebonden is aan het beroepsgeheim.

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen zijn de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de personen die bij de uitvoering van dit besluit betrokken zijn, ertoe verplicht de gezondheidsgegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht worden toevertrouwd, vertrouwelijk te behandelen. Bovendien zijn ze verplicht tot geheimhouding.

Art. 50.4 - Verwerkte gegevens

De Regering kan alle overeenkomstig artikel 50.1 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens verwerken:

- 1° met betrekking tot werknemers, zelfstandigen, werkgevers en statutaire personeelsleden:
 - a) voornaam en familienaam;
 - b) geboortedatum en geslacht;
 - c) rijksregisternummer;
 - d) adres;
 - e) arbeidsrelatie;
- 2° met betrekking tot de niet-werkende werkzoekenden en de uitkeringsgerechtigde volledig werklozen:
 - a) de gegevens vermeld in 1°, a) tot d);
 - b) vermelding of het om een niet-werkende werkzoekende of een uitkeringsgerechtigde volledig werkloze gaat;
 - c) gegevens over reeds voltooide of nog aan de gang zijnde opleidingen, stages, voorbereidende maatregelen, integratiemaatregelen en kwalificatiemaatregelen, alsook gegevens over de beroepservaring;
 - d) huidige beroepssituatie;
 - e) geschiktheid voor het beroep;
 - f) gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid;
 - g) benaming van de beroepsopleiding;
 - h) gegevens over de deelneming aan de beroepsopleiding;
 - i) resultaat van de beroepsopleiding;
 - j) gegevens over een strafrechtelijke veroordeling op grond van de artikelen 232 tot 235 van het Sociaal Strafwetboek, voor zover ze verband houden met de toelating tot de beroepsopleiding;
 - k) vermelding of vrijstelling werd verleend door een bemiddelingsdienst van een andere deelstaat of door de RVA;
 - l) rekeningnummer;
- 3° met betrekking tot de werkgever, resp. de opleidingsoperator:
 - a) naam en voornaam, resp. benaming en ondernemingsnummer;
 - b) rechtsvorm;
 - c) woonplaats of zetel;
 - d) plaats van de beroepsopleiding;
 - e) naam en voornaam van de contactpersoon;
 - f) naam, voornaam en functie van de bevoegde begeleider resp. opleider;
 - g) gegevens over de collectieve arbeidsovereenkomst waaronder de werkgever resp. de opleidingsoperator valt.

Art. 50.5 - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen tot hoogstens 10 jaar na ontvangst van de aanvraag in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd."

Art. 30. In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 57.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 57.1 - Overgangsbepaling

Alle premies, met inbegrip van de premies die vóór 1 september 2020 werden goedgekeurd, vallen vanaf die datum onder de toepassing van artikel 15, zoals dat artikel geldt op 1 september 2020."

Art. 31. Dit besluit treedt in werking op 1 september 2020.

Art. 32. De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 27 augustus 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/201175]

11. FEBRUAR 2021 — Erlass der Regierung zur Festlegung des Schulkalenders sowie des Kalenders für das akademische Jahr 2021-2022

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, Artikel 58 Absatz 1, abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 6. Mai 2019;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, Artikel 3.31, abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, und 3.32 § 1 Absätze 2 bis 4;

Aufgrund des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation eines Teilzeit-Kunstunterrichts, Artikel 18 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 15. September 2011 zur Festlegung des Schulkalenders sowie des Kalenders für die akademischen Jahre 2012-2013 bis 2020-2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. Zk1/2020 des zwischengeordneten Konzertierungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Dezember 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. Dezember 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 17. Dezember 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 68.667/2 des Staatsrates, das am 3. Februar 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Das Schuljahr sowie das akademische Jahr 2021-2022 beginnt am 1. September und endet am 30. Juni.

Art. 2 - Die Allerheiligen-, Weihnachts-, Karnevals- und Osterferien werden wie folgt festgelegt:

		Allerheiligen	Weihnachten	Karneval	Ostern
2021-2022	von Montag	01.11.	27.12.	28.02.	04.04.
	bis Freitag	05.11	07.01.	04.03.	15.04.

In Abweichung von Absatz 1 werden gemäß Artikel 3.32 § 1 Absatz 3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule Beginn und Ende des Entspannungsurlaubs in der zweiten Hälfte des akademischen Jahres von der Hochschule zu Beginn des akademischen Jahres festgelegt.

Für den Teilzeit-Kunstunterricht gilt der Samstag, der dem letzten Urlaubstag unmittelbar folgt, ebenfalls als freier Tag.

Art. 3 - Gemäß Artikel 58 Absatz 1 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, Artikel 3.32 § 1 Absatz 4 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule und Artikel 18 Absatz 1 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts beträgt die Anzahl der zusätzlichen unterrichtsfreien Tage für die Regel- und Förderschulen, für die Brevetausbildung und das Vorbereitungsjahr sowie für den Teilzeit-Kunstunterricht für das Schuljahr 2021-2022 null Tage.

Art. 4 - Der Erlass der Regierung vom 15. September 2011 zur Festlegung des Schulkalenders sowie des Kalenders für die akademischen Jahre 2012-2013 bis 2020-2021, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. Februar 2019, wird aufgehoben.

Art. 5 - Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2021 in Kraft.